

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Dürr, Renata Alt, Nicole Bauer,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5272 –**

Unübersichtliche Lage zu Straßenausbaubeiträgen

Vorbemerkung der Fragesteller

Straßenausbaubeiträge können aufgrund der Kommunalabgabengesetze der Länder festgesetzt und erhoben werden. Gegenstand eines Straßenausbaubeitrages ist eine – etwa in Abgrenzung zu den Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) – spätere, auf die erstmalige Herstellung folgende, mithin nachträgliche Herstellungsmaßnahme an einer Verkehrsanlage.

Die Lage bei der tatsächlichen Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist in Deutschland unübersichtlich. In einigen Ländern werden diese Beiträge nicht mehr erhoben, in anderen wurde die Rechtsgrundlage für die Erhebung gänzlich aufgehoben.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Fragen beziehen sich auf die Kommunalabgabengesetze der Länder. Der parlamentarische Informationsanspruch erstreckt sich nicht auf Gegenstände, die keinen Bezug zum Verantwortungsbereich der Regierung gegenüber dem Bundestag haben. Zur Beantwortung der Fragen 1, 2 und 3 wurde gleichwohl eine Abfrage unter den Ländern durchgeführt. Die Fragen 6 und 8 können auf der Grundlage der kommunalen Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamts beantwortet werden. Zu allen anderen Fragen liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

1. In welchen Ländern wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im Kommunalabgabengesetz die Rechtsgrundlage für die Festsetzung und Erhebung von sog. Straßen(ausbau)beiträgen abgeschafft?
2. In welchen Ländern sehen nach Kenntnis der Bundesregierung die Kommunalabgabengesetze eine Festsetzung und Erhebung von sog. Straßen(ausbau)beiträgen vor?
3. In welchen Ländern wird trotz der Möglichkeit, gemäß des Kommunalabgabengesetzes Straßen(ausbau)beiträge festzusetzen und zu erheben, nach Kenntnis der Bundesregierung kein Gebrauch gemacht?

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet.

Die Antworten der Länder, die sich an der Abfrage beteiligt haben, sind in der Übersicht in Anlage 1 zusammengestellt.

4. Wie viele Gemeinden haben nach Kenntnis der Bundesregierung Straßen(ausbau)beiträge seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland festgesetzt und erhoben (bitte in jährlicher Betrachtung auflisten)?
Welchen Anteil haben diese Gemeinden im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtzahl der Gemeinden?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor.

5. Wie hat sich das jährliche Gesamtvolumen der festgesetzten Straßen(ausbau)beiträge nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bundesweit entwickelt?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor. Das Statistische Bundesamt erfasst in der kommunalen Jahresrechnungsstatistik ausschließlich die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte.

6. Wie hat sich das jährliche Gesamtvolumen der tatsächlich erhobenen und vereinnahmten Straßen(ausbau)beiträge nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bundesweit entwickelt?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass hier die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung relevant ist. Die Daten von 1991 bis 2016 sind – getrennt nach Flächenländern und Stadtstaaten – in Anlage 2 zusammengestellt.

7. Wie hat sich das jährliche Gesamtvolumen der festgesetzten Straßen(ausbau)beiträge nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in den einzelnen Ländern entwickelt (bitte gesondert nach Ländern darstellen)?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor. Das Statistische Bundesamt erfasst in der kommunalen Jahresrechnungsstatistik ausschließlich die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte.

8. Wie hat sich das jährliche Gesamtvolumen der tatsächlich erhobenen und vereinnahmten Straßen(ausbau)beiträge nach Kenntnis der Bundesregierung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bundesweit entwickelt (bitte gesondert nach Ländern darstellen)?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass hier die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung relevant ist. Die Daten von 1991 bis 2016 sind – getrennt nach Flächenländern und Stadtstaaten – in Anlage 2 zusammengestellt.

9. Welche zehn Gemeinden haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 20 Jahren in der Summe die höchsten Straßen(ausbau)beiträge erhoben und vereinnahmt?
10. Welche zehn Gemeinden haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 20 Jahren in Relation zu den gewichteten Grundstücksflächen die höchsten Straßen(ausbau)beiträge erhoben und vereinnahmt?
11. Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben die Straßenausbaubeiträge nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 20 Jahren in einer Summe bezahlt (bitte in jährlicher Betrachtung auflisten)?
12. Wie viele Bürgerinnen und Bürger konnten die Straßenausbaubeiträge nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 20 Jahren nicht in einer Summe bezahlen und mussten eine Stundung beantragen (bitte in jährlicher Betrachtung auflisten)?

Die Fragen 9 bis 12 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor.

Anlage 1

(Die Länder wurden um Ausfüllen der Tabelle gebeten, teilweise wurde die gegebene Möglichkeit für Anmerkungen genutzt.)

Frage	BW*	BY	BB	HH	MV	NW	NI	SL	SN	SH	TH
1		X		X						*	
2			X		X	X	X	X	X	X	X
3									teilweise	**	

Anmerkungen der Länder:

Baden-Württemberg

Für Kommunen in Baden-Württemberg hat mangels Rechtsgrundlage noch nie die Möglichkeit bestanden, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Unterhalt und Ausbau von Gemeinde- und Kreisstraßen sind von den Kommunen als Straßenbaulastträger aus dem Haushalt zu finanzieren. Dafür enthalten §§ 24 und 27 Finanzausgleichsgesetz (FAG) Bestimmungen über den Verkehrslastenausgleich.

Bayern

Der Freistaat Bayern hat mit Wirkung zum 1. Januar 2018 die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft.

Brandenburg

Nach der bindenden Sollvorschrift des § 8 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg sind die Gemeinden grundsätzlich verpflichtet, Straßenbaubeiträge zu erheben. Auch in Brandenburg ist das Thema „Straßenbaubeiträge“ Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Vor diesem Hintergrund hat der brandenburgische Landtag die Landesregierung durch Beschluss vom 30. Mai 2018 (Drucksache 6/8796-B) aufgefordert, ihm bis November 2018 einen Bericht u. a. zur Entwicklung bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen und Erschließungsbeiträgen in den anderen Bundesländern und deren Auswirkungen sowie über die Beitragseinnahmen der brandenburgischen Gemeinden für straßenbauliche Investitionsmaßnahmen (Erschließungsbeiträge nach BauGB und Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz) zuzuleiten.

Hamburg

Die Vorschriften für die Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erweiterung und Verbesserung der Erschließungsanlagen wurden durch das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes und der Einheitssätze-Verordnung vom 16. November 2016 (HmbGVBl. S. 473) aufgehoben.

Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen (NRW) finden derzeit im politischen Raum Erörterungen über eine evtl. Novellierung der landesrechtlichen Regelungen zum Straßenausbaubeitragsrecht statt. Ob und mit welchem Inhalt es zu einer Novellierung kommen wird, steht derzeit nicht fest. In NRW existiert eine „Soll-Regelung“. Es wird davon ausgegangen, dass in NRW entsprechend der gesetzlichen „Soll-Regelung“ in allen NRW-Gemeinden Straßenausbaubeiträge erhoben werden.

Niedersachsen

In Niedersachsen liegt die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Ermessen der Kommunen (sog. „Kann – Regelung“).

Sachsen

Gemäß § 26 Absatz 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes können die sächsischen Kommunen zur Deckung des Aufwandes für die Anschaffung, Herstellung oder den Ausbau von Verkehrsanlagen auf der Grundlage einer Satzung Straßenbaubeiträge erheben.

Die Städte und Gemeinden haben nach freiem kommunalpolitischen Ermessen darüber zu entscheiden, wie die Kosten des Straßenausbaus gedeckt werden sollen und ob und in welcher Höhe sie Straßenbaubeiträge erheben. Lediglich im Fall von Haushaltsnotlagen kann es dazu kommen, dass sich das Ermessen auf eine Erhebungspflicht reduziert. Ausweislich einer aktuellen Umfrage bei den Rechtsaufsichtsbehörden verfügen derzeit rd. 20 Prozent der sächsischen Städte und Gemeinden über eine Straßenbaubeitragssatzung und erheben Straßenbaubeiträge.

Schleswig-Holstein

* In Schleswig-Holstein wurde die Pflicht zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen abgeschafft. Da weiterhin die Möglichkeit zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen besteht, gelten die Grundlagen für die Festsetzung und Erhebung weiterhin.

** Einige Kommunen erheben keine Straßenbaubeiträge mehr.

Thüringen

In Thüringen wird derzeit die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geprüft.

Anlage 2

Statistisches Bundesamt

F302 Kommunale Haushalte

29.10.2018

Anlage 2a: Jahresrechnungsergebnisse der kommunalen Kernhaushalte von 1991 bis 2016**Einnahmen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Gemeindestraßen****- 1 000 EUR -**

Jahr	Flächenländer zusammen	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Bundesgebiet einschließlich Stadtstaaten*
1991	1 095 850	250 909	303 646	145	75 241	274	125 067	190 080	116 197	8 584	-	115	24 337	1 257	1 094 060	1 790	.
1992	1 226 795	291 847	329 255	2 519	84 875	2 063	136 694	204 201	123 919	9 602	4 386	5 349	25 250	6 838	1 205 642	21 153	1 242 007
1993	1 424 618	312 809	398 118	2 052	97 418	8 322	171 022	240 483	117 215	11 936	9 864	5 158	36 092	14 128	1 385 093	39 525	1 441 730
1994	1 525 054	303 254	430 259	4 824	96 675	8 768	201 862	267 293	128 107	10 127	13 211	12 781	34 557	13 337	1 472 133	52 921	1 550 204
1995	1 409 602	254 669	384 324	7 496	94 661	7 023	185 004	258 054	135 116	10 608	15 314	15 461	29 360	12 511	1 351 796	57 806	1 428 596
1996	1 395 977	231 524	352 270	13 524	111 020	9 220	200 169	250 997	135 357	10 512	14 618	17 020	34 677	15 068	1 326 527	69 450	1 413 167
1997	1 440 354	249 565	377 872	20 908	109 341	9 691	192 628	254 482	128 851	9 915	14 092	18 366	30 711	23 933	1 353 365	86 989	1 462 695
1998	1 442 497	230 148	368 292	27 505	108 431	10 040	196 633	266 440	125 197	8 615	15 301	22 147	37 255	26 492	1 341 012	101 485	1 454 831
1999	1 375 297	212 218	334 378	25 689	101 044	12 178	183 711	258 936	149 882	6 790	8 815	22 095	31 794	27 769	1 278 751	96 546	1 394 821
2000	1 270 268	176 436	323 990	31 698	94 376	9 097	160 393	236 255	132 966	8 899	10 589	25 690	31 356	28 523	1 164 671	105 597	1 283 441
2001	1 240 179	176 404	307 867	33 625	91 697	11 890	143 016	235 281	131 920	9 617	7 502	28 801	32 122	30 437	1 127 924	112 255	1 256 742
2002	1 169 962	177 157	276 880	33 654	86 657	11 895	140 874	212 894	129 504	7 110	7 762	32 833	26 939	25 803	1 058 015	111 947	1 192 733
2003	1 146 052	161 726	260 174	37 989	89 032	14 818	140 824	218 697	119 393	7 429	6 174	31 739	27 035	31 022	1 024 310	121 742	1 159 196
2004	1 060 917	147 588	259 479	36 161	85 574	12 176	118 573	189 604	111 821	7 163	6 865	32 156	24 593	29 164	944 395	116 522	1 075 412
2005	1 003 289	142 811	238 173	31 055	69 399	12 843	108 644	194 513	110 320	8 145	11 444	29 401	23 368	23 173	895 373	107 916	1 027 470
2006	933 561	146 737	212 816	33 565	55 833	11 669	96 968	197 329	93 918	5 931	3 909	30 003	21 975	22 908	831 507	102 054	961 749
2007	846 404	119 729	202 648	30 859	58 669	11 326	82 960	156 624	99 572	3 403	5 021	27 895	24 612	23 086	748 217	98 187	869 327
2008	797 660	131 831	190 501	34 579	54 596	12 341	72 305	142 796	86 014	3 072	2 621	23 437	20 204	23 363	701 319	96 341	810 410
2009	785 377	120 551	224 332	33 542	51 041	11 335	82 598	111 572	76 406	3 723	3 518	22 667	23 273	20 819	693 496	91 881	800 477
2010	792 803	122 899	217 481	35 462	50 024	11 970	80 929	115 099	87 638	3 417	4 185	21 495	19 148	23 056	696 635	96 168	813 419
2011	824 322	126 147	225 202	38 927	52 333	13 311	80 992	122 832	88 637	3 045	4 169	20 482	25 574	22 672	724 762	99 560	836 700
2012	865 482	133 362	233 031	40 688	54 727	13 766	96 813	120 529	95 032	4 258	4 485	17 572	29 492	21 727	767 244	98 238	.
2013	829 210	116 757	236 667	44 336	56 509	12 044	88 310	112 278	91 925	3 836	2 964	13 670	25 892	24 022	732 174	97 037	.
2014	882 471	141 212	247 099	39 234	64 957	13 965	91 015	117 561	93 137	2 177	4 092	15 326	29 060	23 636	786 218	96 253	.
2015	968 870	148 742	278 418	42 897	66 981	15 992	109 610	126 852	92 333	3 613	4 081	14 393	40 196	24 760	866 746	102 124	.
2016	986 288	159 716	307 677	38 941	74 106	14 363	103 662	121 660	87 430	2 103	5 164	13 794	34 202	23 468	890 557	95 731	.

* Für die Jahre 1991, 2012 bis 2016 liegen keine Daten für die Stadtstaaten vor.

Statistisches Bundesamt

F302 Öffentlicher Gesamthaushalt

01.11.2018

Anlage 2b Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte von 1992 bis 2011**Einnahmen aus Beiträgen für Gemeindestraßen *)****- 1 000 EUR -**

Jahr	Stadtstaaten zusammen	Berlin	Bremen	Hamburg
1992	15 212	7 931	2 379	4 903
1993	17 112	6 826	3 655	6 631
1994	25 150	15 092	3 071	6 987
1995	18 994	4 974	6 687	7 333
1996	17 190	6 762	2 883	7 545
1997	22 341	13 326	1 731	7 284
1998	12 334	9 476	2 700	159
1999	19 524	11 859	3 123	4 541
2000	13 173	7 274	1 071	4 828
2001	16 563	10 707	943	4 913
2002	22 771	10 962	2 211	9 598
2003	13 144	5 889	1 860	5 395
2004	14 495	7 066	- 239	7 668
2005	24 181	18 741	- 8	5 448
2006	28 188	17 367	460	10 361
2007	22 923	10 431	2 478	10 014
2008	12 750	5 637	529	6 584
2009	15 100	9 765	424	4 912
2010	20 616	11 573	1 420	7 624
2011	12 378	1 756	1 698	8 923

*) Funktion 725, Gruppierung 341

